

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

18.5.1931 (No. 114)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Str. Nr. 14
Gemeindeprediger
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 5515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenschein gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Entliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostromverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Verletzung der eigenen Rechte, oder in denen anderer Besondere, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Kampf um die Zollunion

Hendersons Vorschlag im Völkerbundsrat

Br. Genf, 18. Mai. (Priv.-Tel.) Der Völkerbundsrat hielt heute vormittag zunächst eine Geheim Sitzung ab, bei der u. a. der Vertrag mit dem deutschen Generaluntersekretär Dufour-Ferance bis 31. Juli 1932 verlängert wurde. Dann folgte die öffentliche Sitzung, die vom Vorsitzenden, dem deutschen Außenminister Dr. Curtius, mit einigen freundlichen Begrüßungsworten eingeleitet wurde, worauf Henderson das Wort nahm, um den englischen Antrag zu begründen. Dieser lautet:

„Der Völkerbundsrat bittet den Ständigen Internationalen Gerichtshof, gemäß Artikel 14 des Paktes über folgende Frage sein Gutachten zu erlassen: Würde ein zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehenen Grundzüge getroffene Vereinbarung mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 vereinbar sein?“

Der Rat bittet den Gerichtshof, den vorliegenden Antrag als dringlich zu behandeln. Der Generalsekretär wird ermächtigt, diesen Antrag dem Gerichtshof zu unterbreiten, die notwendige Hilfe zur Prüfung der Fragen zu gewähren und gegebenenfalls Vorkehrungen zu treffen, um vor dem Gerichtshof vertreten zu sein.“

Im Anschluß erklärte der österreichische Vizekanzler Schöber, daß er dem Antrag Hendersons zustimme. Die im französischen Memorandum aufgeworfene Frage, ob die geplante Zollunion Österreich wirtschaftliche Vorteile bringen würde, müsse wohl Österreich selbst überlassen werden. Den Vorwurf der Geheimhaltung bei den österreichisch-deutschen Verhandlungen müsse er aber zurückweisen. Es sei unmöglich, zu behaupten, daß durch den Vertrag Österreich sich seiner Unabhängigkeit begeben habe. Nachdrücklich müsse erklärt werden, daß die paritätische Konstruktion durchaus ernst gemeint sei. Österreich und Deutschland seien bereit, auch jeder für sich, mit dritten Staaten über eine Angleichung der handelspolitischen Verhältnisse und die Feststellung des freien Warenverkehrs zu verhandeln. Eine extensive Auslegung des Genfer Protokolls würde die Sorge des Auslandes um unsere Unabhängigkeit soweit treiben, daß Österreich altionsunfähig gegenüber dem Auslande würde. Das Genfer Protokoll verpflichte nicht nur Österreich zur Wahrung seiner Unabhängigkeit, sondern auch die Mächte zu deren Wahrung. Schöber erklärte sich im übrigen vorbehaltlos mit Hendersons Vorschlag einverstanden.

Im Anschluß an diese Erklärungen präzipierte Henderson nochmals seine Frage, ob Österreich bereit sei, bis zur Entscheidung des Völkerbundsrates über das vom Haager Gerichtshof zu erlassende Gutachten, die Verhandlungen über die Zollunion ruhen zu lassen. Schöber erklärte, daß er diese Aufforderung geben könne.

Danach sprach der französische Außenminister Briand. Er erklärte, daß Frankreich trotz aller Erklärungen und Zusicherungen die Zollunion weiterhin mit Beunruhigung betrachte. Die Unabhängigkeit Österreichs bilde einen wesentlichen Bestandteil der neuen Rechtsordnung in Europa. Die authentische Interpretation des Vertrages von St. Germain durch das Genfer Protokoll von 1922 setze die wirtschaftliche Unabhängigkeit der politischen Unabhängigkeit Österreichs gleich. Briand verwies auf die in dem französischen Memorandum dargelegten Gründe und erklärte, wenn man auch einige derselben bestreiten wolle, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß die Zollunion im Austausch für einen ungewissen wirtschaftlichen Vorteil sicher eine politische Gefahr, eine Bedrohung der Ruhe Europas darstelle. Wenn der Rat sich zur Entscheidung der Rechtsfrage nicht selbst für zuständig halte, so sei die französische Regierung damit einverstanden, daß ein Gutachten des Haager Gerichtshofes eingeholt werde. Sie begrüße die Vereinfachung Österreichs, den Status quo bis zur Entscheidung nicht zu ändern und beglückwünschte den Vertreter Österreichs zu diesem Akt der Ehrerbietung gegenüber dem Völkerbundsrat.

Die Debatte im Europa-Ausschuß

Br. Genf, 18. Mai. (Priv.-Tel.) Während am Freitag zwischen den vier Außenministern vereinbart worden war, daß man in der Debatte im Europa-Ausschuß die deutsch-österreichische Zollunion nicht berühren wolle, ist es am Samstag doch zu einer großen Debatte gekommen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte sich streng an die Vereinbarung gehalten und die Zollunion lediglich im Rahmen eines großen wirtschaftlichen Klaidobers berührt. Briand ist dann aber sofort über alles Maß hinausgegangen und hat seine Angriffe gegen Deutschland und Österreich gerichtet. Das hat nicht nur in den deutsch-österreichischen Kreisen, sondern in Genf allgemeine Überraschung hervorgerufen und wurde als unerfreulich empfunden, weil Briand gar nicht als Franzose, sondern als Präsident des Europa-Ausschusses sprach. Ebenso geht die französische Denkschrift weit über den Rahmen von Vorschlägen hinaus. Der Wiener-Korrespondent in Genf nennt sie aggressiv. Man werde sich nicht wundern können, wenn Curtius sehr neugierig dagegen vorgebe. Das entspreche durchaus seiner Art.

Am Samstag sprach im Europa-Ausschuß, wie gemeldet, als erster Redner Dr. Curtius. Seine Ausführungen waren rein wirtschaftlicher Natur und galten dem Problem der regionalen Wirtschaftsvereinigung. Briand versuchte, das Thema auf das politische Gebiet herüberzuziehen, wobei er erklärte, daß Frankreich seinen Widerstand gegen das deutsch-österreichische

Letzte Nachrichten

Kommunisten als Spione

Festnahme in Berlin

W.B. Berlin, 18. Mai. (Tel.) Durch die hiesige politische Polizei sind in den letzten Tagen mehrere Personen wegen Spionage festgenommen worden. Es handelt sich um Angehörige der KPD, größtenteils um Funktionäre, die einer weitverzweigten Organisation angehören, welche militärische und wirtschaftliche Spionage für eine ausländische Macht betreibt. Bei den Festnahmen und Hausdurchsuchungen wurde wichtiges Material festgestellt. Die Polizeidirektion erklärt, daß sie im Augenblick keine näheren Angaben zu machen in der Lage ist.

Henderson

Vorsitzender der Abrüstungskonferenz?

W.B. London, 18. Mai. (Tel.) Die Genfer Korrespondenten der Londoner Presse bezeichnen es als sehr wahrscheinlich, daß Henderson zum Vorsitzenden der internationalen Abrüstungskonferenz ausgerufen werden wird. „Times“ bemerkt dazu, daß es sich in diesem Falle um eine Ernennung durch den Völkerbund handeln würde, die auch dann gültig bliebe, wenn etwa Henderson bei Zusammentritt der Konferenz nicht mehr Außenminister sei.

Bombenanschläge in Lissabon

W.B. Lissabon, 18. Mai. (Tel.) Nach einer Kundgebung zu Ehren des Präsidenten der Republik im Colosseum explodierte hier auf dem Poca-Platz heute nacht gegen 2 Uhr inmitten der bei der Veranstaltung in dichten Scharen verlassenden Teilnehmer eine Bombe. Auch an anderen Stellen der Stadt wurden ungefähr zur gleichen Zeit Bomben zur Explosion gebracht. Die durch diese Anschläge erregte Volksmenge zog vor das Gebäude der Zeitung „Republica“, drang in die Redaktionsräume ein und warf das Mobiliar auf die Straße. Die Anzahl der durch die Bomben Verletzten soll ungefähr zehn betragen. In allen Fällen sind die Verletzungen leichter Natur.

Kommunistischer Verlesungsverfuch im Reichsheer. Wegen eines Verleses, kommunistische Verlesung in der Truppe zu tragen, wurden in Hannover zwei Obergefreite einer Kavallerie-Schwadron festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Zollprojekt nicht ändern werde. Dr. Curtius erwiderte, daß am heutigen Montag im Völkerbundsrat Gelegenheit sei, den deutsch-österreichischen Zollplan zu erörtern. Deutschland sei im Rahmen der Verträge geblieben. Der Italiener Grandi kritisierte den französischen Vorschlag als nicht durchführbar. Internationale Industrie- und Landwirtschaftskartelle halte seine Regierung nicht für das geeignete Mittel zur Lösung der Wirtschaftskrisis. Er erklärte jedoch auch Zollunionen als zweifelhaftes Mittel. Der österreichische Vizekanzler, Dr. Schöber, berief sich auf zwei Völkerbundsexpertengutachten über Österreichs Wirtschaftslage, in dem festgestellt werde, daß das österreichische Wirtschaftssystem eine europäische Wirtschaftsförderung und bedingt sei durch die Handelsbeziehungen zu seinen Nachbarn. Vorgezogene seien kein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage. So bleibe nur noch die Zollunion für jene Staaten, die nicht einfach zum allgemeinen Freihandel übergehen könnten. Der Ausschuss vertrat sich dann am Montag nachmittag. Vormittags beschäftigte sich der Völkerbundsrat mit dem englischen Antrag zum deutsch-österreichischen Zollprotokoll.

Die französische Denkschrift

Die französische Delegation hat dem Völkerbundsekretariat die seit geraumer Zeit erwartete Denkschrift über die deutsch-österreichische Zollunion zugehen lassen. Der Wirtschaftsausschuß der französischen Regierung, der als Gegenvorschlag zu dem deutsch-österreichischen Zollplan gedacht ist, enthält gegenüber dem, was aus Vorantündigungen bekannt ist, wenig Neues. Er verschiebt die Erörterung der Frage aus der juristischen in die politische und wirtschaftliche Sphäre, deren Erörterung der englische Antrag dem Völkerbund erparieren wollte. Ob die Zollunion zu Störungen im europäischen Handelsvertragsystem führt, hängt lediglich davon ab, ob ihre Vertragspartner ihre Handelspolitik allein von politischen Motiven bestimmen lassen wollen.

Der französische Plan leitet seine Gedanken mit der Bemerkung ein: „überzeugt, daß der deutsch-österreichische Vertrag, der gewissen internationalen Abkommen widerspricht, nicht geeignet ist, den interessierten Ländern oder Europa die Vorteile zu bringen, die seine Urheber von ihm erwarten, will sich die französische Regierung nicht auf eine einfache Kritik des Wiener Projektes beschränken. Sie legt deshalb einen konstruktiven Plan vor, der geeignet ist, schnelle und wirksame Lösungen der dringenden Probleme in Europa herbeizuführen.“

Die Vorschläge sind Präferenzzölle für die Getreideüberschussländer. Schaffung von Absatzmärkten für die Industrieländer durch den Abschluß neuer internationaler Kartelle, Maßnahmen zur Hebung des Kapitalmangels. Frankreich will dabei mit Hilfe seiner Banken zur Finanzierung des Landwirtschaftlichen Absatzes durch große Staatsanleihen beitragen. Sondermaßnahmen für eine schnelle und wirksame Hilfe für Österreich müßten vorgesehen werden. Österreich müsse dafür seinerseits die Aufrechterhaltung des Status quo oder neue Vorteile als Gegenleistung anbieten.

*Die Oldenburger Landtagswahlen

Nach der vorläufigen Feststellung des Wahlergebnisses in Oldenburg haben sich auch diesmal klare Mehrheitsverhältnisse nicht ergeben. Vorausgesetzt, daß diese Feststellung nicht noch größere Berichtigungen erfährt. Eine kleine Berichtigung ist unter allen Umständen zu erwarten, weil sich nach dem vorläufigen Wahlergebnis nur 47 Mandate zusammenzählen lassen: der Landtag in Oldenburg umfaßt indessen 48 Abgeordnetenstimmen.

Das Kräfteverhältnis ist nach der gestrigen Wahl folgendes: Die Nationalsozialisten haben 19 Abgeordnete, die Deutschnationalen 2, das Landvolk 1 und die Deutsche Volkspartei 1 Abgeordnete. Die Parteien der Rechten einschließlich der Deutschen Volkspartei verfügen also zusammen über 23 Sitze. Ihnen stehen die Parteien der Weimarer Koalition, die jedoch in Oldenburg in den letzten Jahren nicht mehr funktioniert hat, mit folgenden Differenzen gegenüber: Sozialdemokraten 11, Zentrum 9 und Staatspartei 1 Abgeordnete; das macht zusammen 21 Sitze. Die Kommunisten haben 3 Mandate erobert und bilden gewissermaßen das Zünglein an der Waage.

Jedenfalls steht heute schon das eine fest, daß die Rechte aus eigener Kraft eine Mehrheit nicht bilden kann. Selbst dann, wenn das eine, noch ausstehende Mandat ihnen zufiele, würde sie erst genau die Hälfte (24) der sämtlichen Sitze (48) haben. Eine zuverlässige Mehrheitsbildung wäre nur möglich mit Hilfe des Zentrums. Praktisch scheidet diese Eventualität nach Lage der Dinge aus. Ein Minderheitskabinett der Rechten könnte jederzeit von den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der Kommunisten gestürzt werden. Nach alledem ist es nicht ausgeschlossen, daß schon in Kürze ein neuer Appell an die Wählerschaft erfolgen wird, falls man nicht das bisherige Kabinett — ein Beamtenkabinett — weiter regieren läßt. Dazu gehörte aber die Zustimmung der Nationalsozialisten.

Die Oldenburgischen Landtagswahlen haben wieder einmal gezeigt, daß ein großer Wahlsieg nicht immer auch die Eroberung der politischen Macht in sich schließt. Den Nationalsozialisten ist es nicht gelungen, die Herrschaft über den Landtag an sich zu reißen. Ihre ziffernmäßigen Erfolge sind allerdings ganz gewaltig. Nach dem Reichstagswahlergebnis würden die Nationalsozialisten 15 Mandate beansprucht haben. Nach dem gestrigen Wahlergebnis haben sie es auf 19 Mandate gebracht. Das heißt, sie haben ihren Besitzstand seit dem 14. September 1930 noch um rund 25 Proz. vergrößert. Die Nationalsozialisten sind heute die weitaus stärkste Partei in Oldenburg; sie haben fast doppelt soviele Mandate, wie die Sozialdemokraten, welche früher die stärkste Partei des Landes waren.

Alle übrigen bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums — spielen neben den Nationalsozialisten nur noch die Rolle von Anhängeln. Die Deutsche Volkspartei, die im alten Landtag noch über 5 Mandate verfügte und selbst am 14. September 1930 auf 2 Mandate gekommen wäre, muß sich jetzt mit 1 Mandat begnügen. Deutschnationale und Landvolk, die im alten Landtag zusammen 6 Mandate hatten und am 14. September 1930 4 Sitze errungen hätten, haben es diesmal zusammen auf 3 Sitze gebracht. Die Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben nach dem vorläufigen Wahlergebnis überhaupt keinen Sitz erobert. Die Wirtschaftspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die mehr rechts stehende Liste Wegand, haben es wohl zusammen auf rund 12 700 Wählerstimmen gebracht. Jene Mandate vermochten sie aber nicht zu erobern, so daß ihre Wählerstimmen vollkommen unter den Tisch fielen. Bei einer Besprechung der politischen Bedeutung des Wahlergebnisses sind sie natürlich zu berücksichtigen. Sie verstärken den Eindruck, daß in Oldenburg ziffernmäßig ein starker Aufschwung nach rechts stattgefunden hat.

Sehr empfindlich sind die Verluste der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten, die im alten Landtag 15 Mandate besaßen, haben jetzt nur noch 11 Mandate. Ihre Wählerstimmen sind von 66 643 auf 57 536 zurückgegangen. Der Anschlag ist den Kommunisten zugute gekommen. Die Kommunisten hatten 1928 8380 Stimmen und haben jetzt 19 389 Stimmen und demgemäß 3 Mandate. Die beiden sozialistischen Parteien verfügten im alten Landtag über 16 Mandate, im neuen Landtag nur noch über

Mit der Beilage: Gewinnliste der Mannheimer Waimarkt-Lotterie

14. Berücksichtigt man die stärkere Wahlbeteiligung, so hat zweifellos eine Schwächung der Linken stattgefunden. Sehr gut gehalten hat sich, wie ja bei allen Wahlen der letzten Zeit, das Zentrum. Wir haben neulich schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Zentrum die einzige bürgerliche Partei ist, die sich bisher der äußeren Rechten gegenüber hat behaupten können. Wenn allerdings die Entwicklung so weiter fortschreitet, wie wir sie auch gestern wieder bei den Oldenburgischen Landtagswahlen beobachten konnten, dann wird das Zentrum in Wälde die einzige Partei der Mitte sein. Denn die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei haben so schwere Einbußen erlitten, daß sie als Parteien kaum noch in Betracht kommen. Höchstens kann die kleine Biffer ihrer Mandate bei Abstimmungen ins Gewicht fallen. Entbehren kann man sie im parlamentarischen Betrieb nicht; aber irgendeine Macht vorzupern sie zur Zeit nicht mehr.

Drei französische Flugzeuge in Schweinfurt gelandet

Ein kleiner Irrtum?

In Schweinfurt (Unterfranken) landeten am Sonntagabend um 8 Uhr auf dem dortigen Flugplatz drei große französische Jagdflugzeuge, nachdem sie vorher in einer Höhe von 2000 m einige Kreise über der Stadt gezogen hatten. Die modern ausgestatteten Maschinen, die die Hoheitszeichen Frankreichs tragen, waren mit je zwei Maschinengewehren ausgerüstet. Nach ihren Angaben haben die Flieger die Orientierung verloren und sich verfliegen. Sie wurden in ein Hotel als Schutzflüchtlinge unter Aufsicht von Kriminalbeamten gebracht. Die Flugzeuge stehen unter polizeilicher Bewachung. Die vorgefundenen Karten und die Dienstbücher wurden beschlagnahmt.

W.B. Nürnberg, 18. Mai. (Tel.) Wie von der Flugüberwachungsstelle Bayern-Nord mitgeteilt wird, ist die Untersuchung im Falle der Notlandung der drei französischen Militärflieger auf dem Flugplatz in Schweinfurt abgeschlossen. Über das Ergebnis werden von der zuständigen Stelle keine näheren Angaben gemacht. Die Entscheidung über die Freigabe der Flugzeuge liegt nunmehr beim Reichswehrministerium.

Kommunistischer Ueberfall auf einen Gesangsverein

W.B. Berlin, 18. Mai. (Priv.-Tel.) In Liebenau bei Schwiebus in der Mark feierte in der Nacht zum Sonntag ein Gesangsverein sein Stiftungsfest. Plötzlich erschienen kurz vor Mitternacht mehrere Autos, die vollbesetzt mit Kommunisten waren. In wenigen Augenblicken bildete der sonst so stille Marktplatz das Bild eines wüsten Getümmels. Die Kommunisten drangen in die Gastwirtschaft und schlugen mit Knüppeln, Stöcken, Riemen usw. auf die Festteilnehmer ein. Die Mitglieder des Gesangsvereins wehrten sich mit Stühlen und Biergläsern, so gut sie konnten. Darauf gaben die Kommunisten mehrere Schüsse ab. Nachdem das Lokal in ein Trümmerfeld verwandelt war und drei Schwerverletzte und fünf leichter Verletzte auf dem Fußboden bewußlos liegen geblieben waren, verließen die Kommunisten mit ihren Autos das Städtchen in rasender Fahrt. Bei einigen Verletzten besteht Lebensgefahr.

Die gedroffelte Einwanderung nach den USA

W.B. Washington, 18. Mai. (Tel.) Nach einer Mitteilung des Präsidenten Hoover ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Einwanderung auf 10 815 Personen zurückgegangen, während der Abgang durch Auswanderung und Ausweisung in der gleichen Zeit auf 21 488 stieg, so daß monatlich 3550 mehr Personen die USA. verlassen, als hereinkamen. Von den obigen 21 488 Personen wurden insgesamt 7658 ausgewiesen; von April 1930 bis Ende März 1931 betrug die Zahl der Ausgewiesenen 28 498.

Neue Deutschausweisung aus Litauen. Dem juristischen Berater der deutschen Gesandtschaft in Romno, Rechtsanwalt Baumgärtel, wurde jetzt vom litauischen Ministerium mitgeteilt, daß er innerhalb eines Monats, bis zum 15. Juni also Litauen zu verlassen habe. — Litauen hat wegen der früheren Ausweisungen Deutschland eine strikte ablehnende Antwort gegeben.

Die chinesische Verfassung. Die Nationalversammlung in Peking hat am Freitag, dem Vorschlag Tschiangkaischeks folgend, eine Resolution angenommen, die die provisorische Verfassung der „ewigen Republik China“ ab 1. Juni 1931 festsetzt.

Badisches Landestheater

„Julius Cäsar“ von Shakespeare

Es ist immer ein Wagnis, eines der großen Historien Dramen Shakespeares auf die Bühne zu bringen. Dem Geschmack des heutigen Publikums kommen sie wenig entgegen, und ihre Inszenierung bietet regietechnisch und in der Rollenbesetzung so viele Schwierigkeiten, daß nur selten eine wirklich gute Aufführung herauskommen kann.

Diese Schwierigkeiten fallen doppelt schwer ins Gewicht bei einem Stück, das, wie „Julius Cäsar“, selbst im Aufbau so große Schwächen aufweist. Die tektonischen Mängel des Dramas sind allzu bekannt, als daß es nötig hätte, sie hier noch besonders zu erwähnen. Immer wird es deshalb die Aufgabe der Spielleitung sein müssen, diese Schwächen durch die Kunst der Regie und durch eine glänzende Einzeldarstellung zu überdecken.

Was das erstere betrifft, so ist Felix Baumgärtel diese Überbedeutung zum Teile gelungen. Vor allem wirkte er die Massen auf der Bühne so geschickt zu bewegen, daß Eindrücke von großer, einheitlicher Kraft entstanden. Und auch sonst hatte er durch weise Beschränkungen die szenischen Vorgänge so eng zusammengefaßt, als daß bei diesem Drama überhaupt nur möglich ist.

Der Theaterdekorateur hatte allerdings in der Beschränkung stellenweise des Guten zu viel getan. Gewisse Einzelheiten der Bühnenausstattung wirkten doch gar zu dürftig und nüchtern. Wir haben es hier nun einmal mit einem Stück zu tun, das im prunkenden Gewande heldenhaften Römertums dahinschreitet und uns schon rein äußerlich ein Abbild von Roms Größe geben soll. Und da ist es denn doch ein Fehlgriff, wenn man die Dekoration so betont dürftig erscheinen läßt.

Die fatalsten Schwächen im Aufbau bekommt der zweite Teil des Dramas. Sie können wohl von keinem Regisseur ganz überlückt werden. Ich hatte allerdings bei der vorgestrigen Aufführung manchmal das Gefühl, als ob sie hier noch beson-

Die Landtagswahlen in Oldenburg

Das vorläufige Gesamtergebnis

W.B. Oldenburg, 18. Mai. (Tel.) Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zum Oldenburgischen Landtag stellt sich wie folgt:

	Stimmen	Mandate
Deutsche Volkspartei	5 796	1
Sozialdemokraten	57 536	11
Staatspartei	8 983	1
Nationalsozialisten	101 490	19
Kommunisten	19 389	3
Wirtschaftspartei	4 525	0
Landvolk	5 427	1
Christl.-Soz. Volksdienst	3 006	0
Zentrum	46 295	9
Deutschnationale	13 529	2
Liste Wegand	5 194	0

In der Stadt Oldenburg wurden abgegeben: Deutsche Volkspartei 1887 (8082 bei der Reichstagswahl am 14. Sept. 1930), Sozialdemokraten 5865 (6778), Deutsche Staatspartei 2636 (2606), Nationalsozialisten 10 570 (8525), Kommunisten 3366 (2212), Wirtschaftspartei 986 (1606), Landvolk 28 (335), Christl.-Soz. Volksdienst 668 (691), Zentrum 1307 (1233), Deutschnationale 2452 (1733).

Im Landesteil Vörden betrug die Wahlbeteiligung 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 3719 (5363), Zentrum 3498 (3739), Nationalsozialisten 8092 (5945), Landesblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl.-Soziale, Bauernpartei und Konservative) 5194 (7118), Kommunisten 2303 (1853), Volkspartei 336 (127), Christl.-Soziale 221 (keine Vergleichszahl), Unabhängige Sozialdemokraten 221 (keine Vergleichszahl).

Im Landesteil Vörden betrug die Wahlbeteiligung 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 3719 (5363), Zentrum 3498 (3739), Nationalsozialisten 8092 (5945), Landesblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl.-Soziale, Bauernpartei und Konservative) 5194 (7118), Kommunisten 2303 (1853), Volkspartei 336 (127), Christl.-Soziale 221 (keine Vergleichszahl), Unabhängige Sozialdemokraten 221 (keine Vergleichszahl).

Kreistagswahlen im Freistaat Danzig

Die Kreistagswahlen im Freistaat Danzig, die am Sonntag stattfanden, brachten den Nationalsozialisten, die in dem bisherigen Kreistag noch nicht vertreten waren, erhebliche Erfolge. Die für sie abgegebenen Stimmen überstiegen diejenigen der letzten Volksstagswahlen im November 1930 in den einzelnen Wahlkreisen noch um 45 bis 50 Prozent. Auch die Sozialdemokraten haben einen recht beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, wogegen die Deutschnationalen schwere Verluste erlitten haben. Auch das Zentrum und die Kommunisten haben ihren bisherigen Stand nicht ganz behaupten können. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 65 und 85 Prozent. In Mierau und Neuteich kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Schutzbündlern, wobei ein Schutzbündler durch einen Bauchschuß so schwer verletzt wurde, daß mit seinem Tode zu rechnen ist. Zwei andere Schutzbündler wurden leichter verletzt.

Gemeinderatsersatzwahlen in Innsbruck

Die Ergänzungswahl für den Gemeinderat der Landeshauptstadt von Tirol, Innsbruck, fand am Sonntag statt. Gemäß der Innsbrucker Gemeindevorordnung scheiden jedes zweite Jahr die ältesten Mitglieder des Gemeinderats aus und werden durch neu gewählte Mitglieder ersetzt. Der letzte Gemeinderat zählte 18 Sozialdemokraten, 13 Christlichsoziale und 9 Großdeutsche. Von diesen scheideten aus 9 Sozialdemokraten, 5 Großdeutsche und 6 Christlichsoziale. Die Sozialdemokraten behaupten ihren bisherigen Besitzstand, die Großdeutsche Volkspartei erhielt 4 Mandate und verlor eines, die Tiroler Volkspartei (Christlichsoziale) erhielten 7 Mandate, gewannen also eines.

Der Kampf um die Prohibition in Finnland. Die mit der Umarbeitung des Prohibitionsgesetzes beauftragte Sonderkommission hat nunmehr — wie aus Helsingfors gemeldet wird — einen neuen Entwurf ausgearbeitet. Dieser sieht den völlig freien Handel mit Weinen, deren Alkoholgehalt bis 12 Proz. betragen darf, wie auch mit einem stärkeren Bier, dagegen bleibt der Branntweinhandel nach wie vor unterstellt. Bei der Abstimmung unter den Studenten haben nur 11 Proz. für die Aufhebung des Alkoholverbotes gestimmt.

Zusammenstoß Toscaninis mit dem Faschismus. Wie aus Bologna gemeldet wird, sollte dort Toscanini Donnerstagabend ein Konzert geben. Man forderte ihn auf, seine Darbietungen neben dem Königsmarsch auch mit dem Faschistenmarsch zu eröffnen. Da sich Toscanini weigerte, setzten Demonstrationen ein, die sich auch auf der Straße noch fortsetzten.

ders unangenehm hervorträten. Doch sprach hierbei wohl unwillkürlich schon das Manto mit, daß sich in darstellerischer Beziehung offenbare. Jedenfalls artete der ganze Schluß der Aufführung für meine Begriffe in hohle Pathetik, fatale Innatur und disharmonisches Durcheinander aus. Und damit wird natürlich ein Publikum, das schon an und für sich vielfach das Erbarmen mit Spottfluch zu betrachten pflegt, nicht gerade für das Stück gewonnen.

Sagen wir es ganz offen heraus: unserer Spielleitung steht nicht das Darstellermaterial zur Verfügung, um alle Rollen des „Julius Cäsar“ in befriedigender Weise besetzen zu können. Daß man heutzutage Shakespeares nicht mehr im Stil der Reininger aufführt, versteht sich von selbst. Wie verlangen die Natürlichkeit der Mimik und des Sprechens. Aber einen gewissen, tragischen oder meinestwegen klassischen Stil, muß das Ganze doch wohl haben. Die Aussprache der Verse muß so sein, daß man ihren Inhalt versteht und in sich aufnimmt. Und vor allem muß doch der Ernst der Geschehnisse in der Darstellung gewahrt bleiben. Nun will ich gewiß nicht behaupten, daß irgendjemand diesen Ernst vermissen ließ. Im Gegenteil! Alle Mitwirkenden waren mit bewunderungswürdigem Eifer bei der Sache. Aber leider nicht allen ist es gelungen, im klassischen Drama eines Shakespeares ihren Mann zu stellen, so gut sie im modernen Schauspiel auch sein mögen. Und je mehr sie sich anstrengen, um so eher erreichen sie die Grenze, wo das unheimlich Komische beginnt. Wenn dem aber so ist, sollte man lieber solche Dramen erst gar nicht aufführen. Gelingen kann das Werk ja doch nicht, da das Material zu spröde ist.

Daß einzelne darstellerische Leistungen sehr schön waren, vermag an diesem Gesamteindruck wenig zu ändern. Herr Hier war zum Beispiel ein prächtiger Brutus und Herr Dahlen ein ganz meisterhaft gespielter Marc Antonius. Und auch Fr. Schreiner erwiderte als Portia von neuem Bewauern über ihr demnächstiges Scheiden von unserer Bühne. — Das Haus war nur mäßig besetzt, und ich befürchte, daß der Besuch auch bei günstigerem Theaterwetter (mehr Regen und weniger Sonne) nicht viel besser sein wird.

C. Amend.

„Entproletarisierung des Proletariats“

Die soziale Enzyklika

Anlässlich der 40. Jahr-Feier der Enzyklika „Rerum novarum“ hat Papst Pius XI. eine neue Enzyklika zur sozialen Frage erlassen. In ihr werden Fragen von Kapital und Arbeit ausführlich besprochen und als Ziel die Entproletarisierung des Proletariats aufgestellt.

Zunächst würdigte der Papst die Bedeutung der „Rerum novarum“-Enzyklika für die Ausbildung einer Gesellschafts- und Wirtschaftslehre nach katholischen Grundsätzen, ferner für die aus einem neuen Geist geborene Sozialpolitik und für die christlich-religiöse, sittliche und gesellschaftlich-wirtschaftliche Umbildung der Arbeiterschaft, die den Arbeiter zu zielbewusster und plandvoller Vertretung der sittlichen und wirtschaftlichen Belange der Arbeiterschaft und selbst zur Übernahme der Führung auf diesem Gebiet befähigt.

Aber das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird erklärt, daß keiner von beiden Teilen den Gesamtvertrag ihres Zusammenwirkens beanspruchen könne. In der Vergangenheit ergab sich zwischen Kapital und Arbeit zweifellos ein zu starkes und ungerechtes Mißverhältnis. Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Ueberreicher zusammengeballt, aber auf der anderen Seite eine unabhängige Masse von Verlohnerarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerlässlich. Sie muß der Rücksicht der Gemeinwohlgerechtigkeit wieder angepaßt werden in der Form, daß der gemeinsame Ertrag von Kapital und Arbeit mehr der Billigkeit entsprechend geteilt wird. Damit kommen wir zu der von Leo XIII. so dringend verlangten Entproletarisierung der Proletarier.

Die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse innerhalb der Menschheitsfamilie ist vom Schöpfer in dieser Weise absichtlich gewollt und kann nie verschwinden. Aber dauernde Proletariat kann nicht der Regelszustand sein für den größten Teil der Menschheit. Allmählich muß die beschloßene Lohnarbeiterschaft zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangen können. Dieses Ziel ist in der bestehenden Ordnung der Dinge nur erreichbar im Wege gerechter und angemessener Löhne. Mit rechtshaffener Arbeit muß die Lohnhöhe dem Arbeiter nicht allein die Befreiung seiner ephemer eigenen Lebenshaltung, sondern auch seiner Familienlasten ermöglichen und ihm überdies gestatten, seine Lage in der bezeichneten Weise mit Erfolg zu verbessern.

Im Schlußteil gibt der Papst einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige Lage des herrschenden Wirtschaftssystems. Ohne dieses an und für sich als schlecht zu verwerfen, kennzeichnet er es doch als stark mißbildet und an schwere Gebrechen krankend. Der Sozialismus habe seit der Zeit Leos XIII. tiefgehende Wandlungen durchgeführt und sich in zwei Richtungen gespalten. Die eine Richtung unter dem Namen Kommunismus führt die sozialen Grundsätze bis zu ihren äußersten Folgerungen durch. Ihre völlige Inerentierbarkeit mit den Lehren der Kirche steht außer Frage. Die andere Richtung, die den Namen Sozialismus führt, habe vielfach starke Abstriche in ihrem Programm vorgenommen und sei in einer Reihe von Punkten mehr oder weniger den katholischen sozialen Prinzipien nahegekommen. Trotzdem erklärt der Papst: Man kann nicht gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist sein! Er beschwört deshalb zum Schluß alle die, die von trügerischen Hoffnungen getrieben ins Lager des Sozialismus übergegangen sind, zur Rückkehr zur Kirche.

Kurze Nachrichten

„Zweiter Lohnabbau untragbar.“ Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald empfing am Samstag, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, Gewerkschaftsvertreter aller drei Richtungen aus Sachsen. Auch der sächsische Innenminister nahm an diesem Empfang teil. Dr. Stegerwald erklärte, daß weder er noch der Reichsminister der sächsischen Unternehmen irgendwelche Zugeständnisse zu einem besonderen Abbau der Löhne gemacht hätten. Er hält den zweiten Lohnabbau aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar.

Der Reichsverband der deutschen Presse begann am Sonntag seine Tagung in Wien. Er beschloß, der Mitarbeit von Außenseitern entgegenzutreten und durch gemeinschaftliche Abmachungen den freien Mitarbeitern ihre Existenzgrundlagen wieder zu verbriefen. Dr. Frankenthal (Hamburg) sprach zu dem Thema „Redakteur oder journalistischer Angestellter“. Er wies auf die schweren Gefahren hin, die für das gesamte Zeitungswesen aus der Degradierung der journalistischen Persönlichkeit erwachsen müßte. Es wurden einige Entschlüsse gefaßt. Ferner wurde beschlossen, einen Entwurf über die Pressekammern auszuarbeiten. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Präsidiums: Chefredakteur Wilhelm Adernann (Berlin), Chefredakteur Freund (München) und geschäftsführender Vorsitzender Richter.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt in Saarbrücken eine Tagung ab. Sie fordert weitere scharfe Maßnahmen zur inneren Befundung und Rettung. Das deutsche Volk werde diese Opfer nur tragen können, wenn es sehe, daß sie die Stärkung des Reiches im Kampf um die Revision der Tribunalklagen zum Ziele haben. Das Reich müsse darüber Verhandlungen in Gang bringen. Der Bevölkerung der Saar wurde für ihre Treue bedankt.

Beamte und Arbeitslosenversicherung. Die Angestelltenorganisationen forchten in einer Eingabe an die Reichsregierung u. a., die Beamten zu den Löhnen der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß mit großem Nachdruck vor einer erneuten Kürzung der Angestelltenbezüge gewarnt werden müsse. Die Angestellten der Behörden und öffentlich-rechtlichen Betriebe müßten genau so wie die Angestellten der Privatunternehmen Beiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungen zahlen. Sie erleiden dadurch schon eine Kürzung ihres Einkommens bis zu 18 Proz.

Ein Kommunist wegen Vergehens gegen die Religion verurteilt. Das Münchener kommunistische Blatt „Die neue Zeitung“ hat wiederholt Artikel gebracht, in denen über kirchliche Neubauten, die katholische Kirche und ihre Einrichtungen kritisiert wurde. Alle Artikel waren gebet durch den Namen des Abg. Buchmann, dessen Strafverfolgung nunmehr nach Aufhebung der Immunität möglich geworden war. Das Gericht verurteilte Buchmann wegen Vergehens gegen die Religion zu vier Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Klageerhebung gegen Minister Franzosen. Die Berliner Zeitungspresse teilte mit: „Die Staatsanwaltschaft I Berlin, hat den braunschweigischen Minister des Innern, Dr. Franzen, Mitglied des Reichstags, angeklagt, in Berlin Mitte am 13. Oktober 1930 fortgesetzt handelnd den Landwirt Guth nach Vergebung eines Vergehens beschuldigt zu haben, um ihn der Verurteilung zu entziehen.“

Die Kunstfliegerin Lola Schröter hat bei einem Flugtag in Leipzig-Mockau mit ihrem 19. Fallschirmabsprung aus 7400 Meter Höhe ihre eigene Welthöchsteilung für Frauen um 2800 Meter, die sie im Jahre 1929 aufgestellt hat, überboten. Der Abprung gelang planmäßig.



Pfingstverkauf!

DAMENMODEN
Kaiserstraße 50a, Ecke Adlerstr.

auf meine
billige Preise

10% Rabatt

Ratenkaufabkommen der Beamten-Bank

Zentralhandelsregister für Baden

Achern. A.676
Zum Handelsregister bei Firma „D. Buhl in Rendschen“ wurde eingetragen: Das Geschäft ist durch Vertrag mit Aktien und Passiven auf Kaufmann Alois Meher in Rendschen übergegangen, welcher dasselbe unter unbenannter Firma weiterführt. Der Ehefrau des Firmeninhabers, Olga geb. Weichroth in Rendschen, ist Prokura erteilt.
Achern, 22. April 1931.
Bad. Amtsgericht.

Baden-Baden. A.677
Handelsregisterbeitrag Abt. B Bd. II O.-Z. 99 — Firma Inhalations-Therapie Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden — Der Geschäftsführer Charles Witz in Baden-Baden ist abberufen; Diplomingenieur Dr. Rudolf Kienau in Karlsruhe ist zum Geschäftsführer bestellt.
Baden, 21. April 1931.
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Breisach. A.678
In unser Handelsregister Abteilung B ist heute unter O.-Z. 23 die Aktiengesellschaft in Firma „Schaumweintellereien Breisach, Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz in Breisach, eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26. Februar 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Schaumweinen. Das Grundkapital beträgt 120 000 M und ist in 1200 Aktien zu je 100 M geteilt, die zum Nennwert ausgegeben werden. Guyl Génau de Sainte Gertrude in Paris, Robert Diebolt in Oberhausbergen, Karl Honfell in Breisach, Oswald Schilling in Breisach und Jakob Schilling in Breisach bringen als Einlagen auf das Grundkapital ihre Kapitalkonten der Firma „Schilling & Co.“, offene Handelsgesellschaft in Breisach, ein nach dem Stand der Bilanz vom 31. 12. 1930 im Gesamtbetrag von 120 000 M, so daß die ganze Firma Schilling & Co. auf die Aktiengesellschaft übergeht. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einem, höchstens drei Direktoren. Der Vorstand kann einen beliebigen Teil seiner Befugnisse an einzelne Mitglieder und an einzelne oder mehrere Dritte übertragen. Jedes Mitglied des Vorstands ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Verufung der Aktionäre erfolgt durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger der Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung eine Frist von mindestens 20 Tagen liegen muß. Bekannte Aktionäre werden durch eingeschriebenen Brief eingeladen. Die Gründer der Gesellschaft sind:
1. Guyl Génau de Sainte Gertrude, Publizistin in Paris.
2. Robert Diebolt, Gutbesitzer in Oberhausbergen,

3. Karl Honfell, Verwalter a. D. in Breisach,
4. Oswald Schilling, Direktor in Breisach,
5. Jakob Schilling, Direktor in Breisach.
Die fünf Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Zum Vorstand ist bestellt: 1. Direktor Oswald Schilling, 2. Direktor Jakob Schilling, beide in Breisach. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind: 1. Karl Honfell in Breisach, 2. Paul Obrecht in Breisach, 3. Dr. Bruno Dammann in Freiburg i. Br. Von den bei der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere vom Prüfungsbericht des Vorstands und Aufsichtsrats sowie dem Prüfungsbericht der Revisoren, kann bei dem Registergericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer Freiburg eingesehen werden.
Breisach, 22. April 1931.
Amtsgericht.

Donauwörth. A.674
Handelsregisterbeitrag B Bd. I O.-Z. 31, zur Firma Ketterer & Hummel, G. m. b. H. in Furtwangen; Emil Brugger ist als Geschäftsführer ausgeschieden.
Donauwörth, 13. 4. 31.
Amtsgericht.

Heidelberg. A.685
Handelsregister Abt. A Bd. IV O.-Z. 204: Die Firma Köster, Marg & Cie. in Heidelberg ist erloschen.
Vand V O.-Z. 55 zur Firma Karl Heidenreich in Heidelberg; Inhaber ist jetzt Karl Heidenreich Witwe Utra geb. Wal in Heidelberg.
Vand VI O.-Z. 52: Die Firma Klara Schattner in Heidelberg ist von Amts wegen gelöscht. 22. April 1931.
O.-Z. 270. Firma Heinrich Knapp in Heidelberg; Inhaber Eisfabrikant Heinrich Knapp, ebenda.
Heidelberg, 23. April 1931.
Amtsgericht.

Karlsruhe. A.736
Handelsregisterbeiträge.
1. Zentral-Rundfunk-Vermittlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Friedrichsplatz 7). Gegenstand des Unternehmens: Errichtung und Betrieb von Zentral-Rundfunk-Anlagen sowie der Groß- und Kleinhandel mit Radiogeräten und Zubehör. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer: Kurt Stolaube, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Februar 1931 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Geschäftsführer Kurt Stolaube bringt in teilweiser Anrechnung auf seine Stammeinlage von 16 000 Reichsmark Funkgeräte, Werkzeuge und Materialien im Werte von 11 500 Reichsmark ein. Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. 5. 5. 1931.
2. „Faz“ Industrie und Handels-Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 4. 5. 1931.
3. Hans Sönnichsen, Gesellschaft mit beschränkter

Haftung, Karlsruhe. Hans Friedrich Sönnichsen und Friedrich Herzog sind nicht mehr Geschäftsführer. Die Prokura des Heinrich Eugen Baum ist erloschen. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 8./9. März 1931 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Liquidatoren: Heinrich Eugen Baum, Kaufmann, Oswald Drobnit, Lagerverwalter, beide Karlsruhe.
4. Zigarettenfabrik „Dietz“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 5. 5. 31.
5. Karlsruher Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Rudolf Kimmig ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Adolf Samwer, Generaldirektor, Karlsruhe, wurde als weiteres Vorstandsmitglied bestellt. 8. 5. 31.
6. Schaffer-Bank, Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Karlsruhe (Kammstraße 11). Gegenstand des Unternehmens: Betrieb eines Bankgeschäfts, insbesondere die Verwaltung von Spargeldern auf werbeständiger Grundlage, die Gewährung billiger Darlehen für Siedlungs-, Wohn- und Wirtschaftszwecke zur Entschuldung von Grundbesitz und zur Beschaffung und Sicherung von Arbeit, sowie die Vornahme sämtlicher Kapitalgeschäfte, die wesentlich der Förderung minderbemittelter Volksschichten dienen. Das Unternehmen ist ausschließlich gemeinnützig. Grundkapital: 50 000 M eingeteilt in 20 Namens-Vorzugsaktien mit 2000 M Stammrecht und Anspruch auf 5 Proz. Vorzugsdividende sowie 480 Inhaber-Stammaktien jeweils über 100 M, welche zum Nennwert ausgegeben werden. Vorstand: Theodor Sattler, Dipl.-Volkswirt und Kaufmann, Karlsruhe. Geschäftsführer: Rudolf Mauritz, Kaufmann, Karlsruhe, Alfred Benz, Kaufmann, Forstheim. Öffentliche Bekanntmachungen, insbesondere auch die Verufung der Aktionäre, erfolgen im Reichsanzeiger. Einsicht von den bei Anmeldung eingereichten Schriftstücken (Prüfungsbericht des Vorstands und Aufsichtsrats usw.) beim Registergericht Karlsruhe. 7. 5. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Karlsruhe. A.738
Handelsregisterbeiträge.
1. Konfektionshaus Simon Michel-Wöfen, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Modehaus Si-

Karlsruhe. A.738
Handelsregisterbeiträge.
1. Konfektionshaus Simon Michel-Wöfen, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Modehaus Si-

Karlsruhe. A.738
Handelsregisterbeiträge.
1. Konfektionshaus Simon Michel-Wöfen, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Modehaus Si-

mon Michel-Wöfen. 6. 5. 1931.
2. Christian Stöhr, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Stefanie Stöhr, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Stefanie Stöhr abgeschlossen.
3. Karl Wirth, Karlsruhe. Der bisherige Inhaber Karl Wirth ist aus dem Geschäft ausgeschieden. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Mai 1925. Persönlich haftende Gesellschafter: Reinhold Wirt, Kohlenhändler, Karlsruhe, Rosa Wirth, ebenda. 8. 5. 31.
4. Es wurde das Erlöschen der nachgenannten Firmen von Amts wegen in das Handelsregister eingetragen: 1. Eugen G. Maier, 2. Max Jenewein & Sohn, 3. Ludwig Schiffmacher, 4. Jakob Chimowitz, 5. Valentin Damian, chem.-techn. Produkte, 6. Carl F. Ditt, 7. Oscar Kramer & Co., 8. Zum Tiergarten Josef Kriß, 9. Albert Lehmann, 10. Johann Mammel, 11. Walter Schmidt, 12. Walter Sved, 13. Schmitt & Weislog, 14. Karl Friedrich Albrecht, 15. Karl Feig, 16. Ernst Junge, 17. Perez & Brauner, 18. Fuchs & Co., 19. Karl Gaeger Nachf., 20. Julius Friedert, alle in Karlsruhe. 7. 5. 31.
Amtsgericht Karlsruhe.

Mannheim. A.673
Handelsregisterbeiträge vom 18. April 1931.
„Automaten“ Restaurant, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Hans Nischer ist nicht mehr Geschäftsführer.
Wah und Freitag Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Wah und Freitag Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.: Die Prokura des Eric Lupescu ist erloschen.
Industrielle Schornstein- und Feuerungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim; Die Firma ist erloschen.
G. Verberich & Söhne, Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptort: Freiburg i. B.: Die Niederlassung Mannheim ist zur selbstständigen Niederlassung erhoben. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft in Mannheim ist mit der Firma auf Kaufmann Hermann Verberich in Mannheim übergegangen, welcher es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiterführt.
Groß, Ling & Co., Mannheim: Die Prokura des Johann Baptist Denenda ist erloschen.
G. Milchard, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma G. Milchard in Duisburg-Ruhrort: Die Prokura des Franz Baumann ist erloschen.
Johann J. Kuh, Mannheim-Sandhofen: Die Firma ist erloschen.

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. A.675
Handelsregisterbeiträge vom 22. April 1931.
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim: Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 8 (Stammkapital) einen Zusatz.
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Badische alt-katholische Landesynode.
Die Vorlagen für die auf den 3. Juni nach Rastatt zu berufende
Tagung der Kirchensteuervertretung
(Voranschlag 1931 und 1932) liegen vom 19. Mai bis 3. Juni, mittags 12 Uhr, gemäß Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes in der Kanzlei des Landesynodales, Freiburg im Breisgau, Sternwaldstr. 33, und in der Kirchengemeindekasse der alt-katholischen Gemeinde in Rastatt, Zap